Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 22 **München, den 30. November** **1990**

Datum	Inhalt	Seite
15. 11. 1990	Bekanntmachung der Neufassung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes 1100-1-I	490
20. 11. 1990	Verordnung über die Gewährung einer ergänzenden Fürsorgeleistung an Beamte und Richter mit dienstlichem Wohnsitz in München (Fürsorgeverordnung München – FürsVM –) 2030-2-42-F	501
8. 11. 1990	Elfte Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung ZVS 2210-8-2-1-1-WK	503
9. 11. 1990	Verordnung zur Aufhebung der Kostenmarkenordnung 2013-5-1-F	504
13. 11. 1990	Durchführungsverordnung zum Schwangerenberatungsgesetz (SchwBerV) 2170-2-1-A	505
14. 11. 1990	Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz 300-3-1-J	507
—	Hinweis auf die amtliche Veröffentlichung einer Rechtsverordnung im Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft und Kunst, Teil I 2210-4-1-2-9-WK	508

1100-1-I

Bekanntmachung der Neufassung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes

Vom 15. November 1990

Auf Grund des § 2 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 24. August 1990 (GVBl S. 320, BayRS 1100-1-I) wird nachstehend der Wortlaut des Bayerischen Abgeordnetengesetzes **in der vom 1. November 1990 an geltenden Fassung** bekanntgemacht.

Die Neufassung ergibt sich aus den Änderungen durch

1. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 20. Dezember 1983 (GVBl S. 1098),
2. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 4. April 1985 (GVBl S. 77),
3. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 15. Mai 1986 (GVBl S. 65),
4. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 30. Juli 1987 (GVBl S. 245),
5. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 25. Juli 1988 (GVBl S. 212),
6. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 15. Oktober 1989 (GVBl S. 573),
7. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 24. Juli 1990 (GVBl S. 234),
8. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 24. August 1990 (GVBl S. 320).

München, den 15. November 1990

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Edmund Stoiber, Staatsminister

1100-1-I

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Bayerisches Abgeordnetengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 1990

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag

- Art. 1 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

Zweiter Teil

Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag und Beruf

- Art. 2 Schutz der freien Mandatsausübung
Art. 3 Wahlvorbereitungsurlaub
Art. 4 Berufs- und Betriebszeiten

Dritter Teil

Entschädigung der Mitglieder des Bayerischen Landtags und Versorgung

1. Abschnitt

Leistungen an Mitglieder des Bayerischen Landtags

- Art. 5 Entschädigung
Art. 6 Aufwandsentschädigung

- Art. 7 Kürzung der Kostenpauschale
Art. 8 Bezug anderer Tage- oder Sitzungsgelder
Art. 9 Wegfall des Anspruchs auf Aufwandsentschädigung
Art. 10 Dienstreisen

2. Abschnitt

Leistungen nach Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag

- Art. 11 Übergangsgeld
Art. 12 Anspruch auf Altersentschädigung
Art. 13 Höhe der Altersentschädigung
Art. 14 Berücksichtigung von Mandatszeiten in anderen Parlamenten
Art. 15 Gesundheitsschäden
Art. 16 Versorgungsabfindung
Art. 17 Überbrückungsgeld für Hinterbliebene
Art. 18 Hinterbliebenenversorgung
Art. 18a Versorgungsausgleich
Art. 19 Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

3. Abschnitt

Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen, Unterstützungen

- Art. 20 Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen
Art. 21 Unterstützungen

4. Abschnitt

**Anrechnung beim Zusammentreffen
mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen**

Art. 22 Anrechnung mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

5. Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften

- Art. 23 Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung
 Art. 24 Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften
 Art. 25 Aufrundung
 Art. 26 Verzicht, Übertragbarkeit
 Art. 27 Verwendung im öffentlichen Dienst

Vierter Teil

**Angehörige des öffentlichen Dienstes
im Bayerischen Landtag**

1. Abschnitt

Wahlvorbereitungsurlaub

Art. 28 Wahlvorbereitungsurlaub

2. Abschnitt

Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

- Art. 29 Unvereinbare Ämter
 Art. 30 Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis
 Art. 31 Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats
 Art. 32 Dienstzeiten im öffentlichen Dienst
 Art. 33 Entlassung
 Art. 34 Beförderungsverbot
 Art. 35 Beamte auf Zeit, Wahlbeamte auf Zeit
 Art. 36 Richter und Angestellte des öffentlichen Dienstes

Fünfter Teil

Übergangsregelung, Inkrafttreten

- Art. 37 Übergangsregelung für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes
 Art. 38 Versorgung für Zeiten vor Inkrafttreten des Gesetzes
 Art. 39 Versorgungsabfindung
 Art. 40 Anrechnung früherer Versorgungsbezüge
 Art. 41 Anrechnung von Zeiten für das Übergangsgeld
 Art. 42 Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen und Unterstützungen für ehemalige Mitglieder des Bayerischen Landtags
 Art. 43 Besteuerung
 Art. 43 a Anwendung bisherigen und neuen Rechts auf Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften, die vor dem 1. November 1990 entstanden sind
 Art. 44 Inkrafttreten, Weitergeltung alten Rechts

Erster Teil

**Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im
Bayerischen Landtag**

Art. 1

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag regeln sich nach den Vorschriften des Landeswahlgesetzes.

Zweiter Teil

**Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag
und Beruf**

Art. 2

Schutz der freien Mandatsausübung

(1) Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Bayerischen Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes zu bewerben, es zu übernehmen oder auszuüben.

(2) Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig.

(3) ¹Eine Kündigung oder Entlassung wegen der Annahme oder Ausübung eines Mandats ist unzulässig. ²Eine Kündigung ist im übrigen nur aus wichtigem Grund zulässig. ³Der Kündigungsschutz beginnt mit der Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ der Partei oder mit der Einreichung des Wahlvorschlags. ⁴Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort.

Art. 3

Wahlvorbereitungsurlaub

¹Einem Bewerber um einen Sitz im Bayerischen Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes ist zur Vorbereitung seiner Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Urlaub bis zu zwei Monaten zu gewähren. ²Ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts oder des Lohnes besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.

Art. 4

Berufs- und Betriebszeiten

(1) Die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag und in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen.

(2) Im Rahmen einer bestehenden betrieblichen oder überbetrieblichen Altersversorgung wird die Anrechnung nach Absatz 1 nur im Hinblick auf die Erfüllung der Unverfallbarkeitsfristen des § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vorgenommen.

Dritter Teil

**Entschädigung der Mitglieder
des Bayerischen Landtags
und Versorgung**

1. Abschnitt

**Leistungen an Mitglieder
des Bayerischen Landtags**

Art. 5

Entschädigung

(1) Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält eine monatliche Entschädigung in Höhe von 8 301 Deutsche Mark.

(2) Die Entschädigung beträgt für den Präsidenten das Zweifache, für stellvertretende Präsidenten das Eineinhalbfache der Entschädigung nach Absatz 1.

Art. 6

Aufwandsentschädigung

(1) Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält zur Abgeltung der durch das Mandat veranlaßten Aufwendungen eine Amtsausstattung, die Geld- und Sachleistungen umfaßt.

(2) ¹Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält eine monatliche Kostenpauschale für

1. allgemeine Unkosten, insbesondere für die Betreuung des Stimm- und Wahlkreises, Bürokosten, Porto und Telefon sowie sonstige Auslagen, die sich aus der Stellung des Mitglieds des Bayerischen Landtags ergeben,
2. Mehraufwendungen für Verpflegung und Übernachtung am Sitz des Bayerischen Landtags und bei Reisen,
3. Kosten für Fahrten in Ausübung des Mandats unbeschadet der Regelung in Art. 10

in Höhe von 4 448 Deutsche Mark. ²Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, dem ein landeseigener Dienstwagen zur ausschließlichen Verfügung steht oder das Amtsbezüge bezieht, erhält eine um 25 v.H. verminderte Kostenpauschale.

(3) Zur Amtsausstattung gehören auch die Benutzung der Fernsprechanlagen im Parlamentsgebäude und die Inanspruchnahme sonstiger Sachleistungen des Bayerischen Landtags in Ausübung des Mandats sowie die Benutzung der städtischen Verkehrsmittel Münchens.

(4) Die Mitglieder des Bayerischen Landtags haben das Recht zur freien Fahrt auf allen staatlichen Verkehrseinrichtungen in Bayern.

(5) Ab dem Tag ihrer Wahl erhalten eine monatliche im voraus zu gewährende Aufwandsentschädigung

- a) der Präsident von 1 992 Deutsche Mark,
- b) die Vizepräsidenten von 998 Deutsche Mark,
- c) die Ausschlußvorsitzenden von 940 Deutsche Mark,
- d) die stellvertretenden Ausschlußvorsitzenden von 706 Deutsche Mark.

(6) Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern werden nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes ersetzt.

Art. 7

Kürzung der Kostenpauschale

(1) ¹Der Präsident bestimmt im Benehmen mit dem Ältestenrat, welche Tage als Sitzungstage gelten. ²Während jeder Sitzung wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt. ³Trägt sich ein Mitglied des Bayerischen Landtags nicht in die Anwesenheitsliste ein, werden ihm 80 Deutsche Mark von der Kostenpauschale einbehalten. ⁴Bleibt ein Abgeordneter einer Sitzung, die sich über den ganzen Tag er-

streckt, vormittags oder nachmittags fern, ermäßigt sich der Abzugsbetrag auf die Hälfte. ⁵Die Eintragung in die Anwesenheitsliste wird vom Zeitpunkt der Auslegung an ersetzt durch Amtieren als Präsident, durch protokollierte Wortmeldung in einer Sitzung des Bayerischen Landtags, durch Teilnahme an einer namentlichen Abstimmung oder einer Wahl mit Namensaufruf, durch Eintragung in die Anwesenheitsliste eines Ausschusses oder des Ältestenrats oder durch eine Dienstreisegenehmigung für den Sitzungstag.

(2) ¹Einem Mitglied des Bayerischen Landtags, das an einer namentlichen Abstimmung oder einer Wahl mit Namensaufruf nicht teilnimmt oder das bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf nicht anwesend ist, werden 80 Deutsche Mark von der monatlichen Kostenpauschale abgezogen, sofern nicht bereits ein Abzug nach Absatz 1 erfolgt. ²Der Betrag kommt für einen Tag nur einmal zum Abzug.

(3) Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn das Mitglied im Auftrag des Bayerischen Landtags an einer sonstigen Veranstaltung teilnimmt.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Vollsitzungen der Fraktionen.

Art. 8

Bezug anderer Tage- oder Sitzungsgelder

¹Bezieht ein Mitglied des Bayerischen Landtags an einem Tag, an dem es sich in die Anwesenheitsliste des Bayerischen Landtags eingetragen hat, Tage- oder Sitzungsgelder aus anderen öffentlichen Kassen, so werden 30 Deutsche Mark von der monatlichen Kostenpauschale einbehalten, jedoch nicht mehr als die aus anderen öffentlichen Kassen geleisteten Tage- oder Sitzungsgelder. ²Das gleiche gilt für Auslandsdienstreisen, die auf einen Sitzungstag fallen.

Art. 9

Wegfall des Anspruchs auf Aufwandsentschädigung

Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das im letzten Vierteljahr der Wahlperiode in den Bayerischen Landtag eintritt, hat keinen Anspruch auf Leistungen nach Art. 6 Abs. 2, wenn der Bayerische Landtag, abgesehen von den nach Art. 26 der Verfassung eingesetzten Ausschüssen, seine Tätigkeit bereits abgeschlossen hat.

Art. 10

Dienstreisen

(1) Dienstreisen sind Reisen für den Bayerischen Landtag außerhalb des Freistaates Bayern, die vor Antritt der Reise vom Präsidenten genehmigt worden sind. ²Die Mitglieder des Bayerischen Landtags sind berechtigt, Dienstreisen mit dem Flugzeug oder Schlafwagen durchzuführen. ³Für Dienstreisen wird Reisekostenvergütung nach der höchsten Klasse und Stufe des Bayerischen Reisekostengesetzes gewährt.

(2) Beruft der Präsident oder ein Ausschußvorsitzender mit Genehmigung des Präsidenten eine im Sitzungsplan nicht vorgesehene Sitzung ein, so sind den teilnehmenden Mitgliedern des Bayerischen Landtags die notwendigen Fahrtkosten zu erstatten, sofern sich das Mitglied des Bayerischen Landtags am Tag der Sitzung außerhalb des Landes aufhält.

2. Abschnitt

Leistungen nach Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag

Art. 11

Übergangsgeld

(1) ¹Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag Übergangsgeld, sofern es dem Bayerischen Landtag mindestens ein Jahr angehört hat. ²Das Übergangsgeld wird in Höhe der Entschädigung nach Art. 5 für mindestens drei Monate gewährt. ³Für jedes weitere Jahr der Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag wird das Übergangsgeld für einen weiteren Monat, höchstens für 24 Monate gewährt. ⁴Zeiten, für die bereits Übergangsgeld gezahlt worden ist, bleiben unberücksichtigt. ⁵Bei der Berechnung der Mandatsdauer wird ein verbleibender Rest von mehr als einem halben Jahr als volles Jahr gezählt; datumsmäßige Verschiebungen des Wahltags bleiben jedoch unberücksichtigt.

(2) ¹Einkommen und Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis, aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst oder Renten aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes werden auf das Übergangsgeld angerechnet; § 55 Abs. 3 und 4 des Beamtenversorgungsgesetzes sind sinngemäß anzuwenden. ²Dasselbe gilt für Einkommen aus einer Beschäftigung bei Vereinigungen, Einrichtungen oder Unternehmen, deren Kapital (Grundkapital, Stammkapital) sich zu mehr als 50 v.H. in öffentlicher Hand befindet oder die zu mehr als der Hälfte aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. ³Angerechnet werden auch das Übergangsgeld und die Altersentschädigung, die der Berechtigte als ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes erhält. ⁴Art. 22 Abs. 7 findet entsprechende Anwendung.

(3) ¹Auf Antrag ist das Übergangsgeld nach Absatz 1 in einer Summe oder monatlich zum halben Betrag für den doppelten Zeitraum zu bezahlen. ²Wurde ein Übergangsgeld in einer Summe gezahlt, und erhält das ehemalige Mitglied des Bayerischen Landtags später Einkommen oder Versorgungsbezüge im Sinn von Absatz 2, so ist der Betrag zu erstatten, der bei monatlicher Zahlung nach Absatz 2 anzurechnen wäre. ³Der Präsident bestimmt, in welchen Teilbeträgen zu erstatten ist.

(4) ¹Tritt ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags wieder in den Bayerischen Landtag ein, so ruht bei monatlicher Zahlung der Anspruch nach Absatz 1. ²Wurde das ehemalige Mitglied des

Bayerischen Landtags in einer Summe abgefunden, so ist der Betrag, der bei monatlicher Zahlung ruhen würde, zu erstatten. ³Der Präsident bestimmt, in welchen Teilbeträgen zu erstatten ist. ⁴Der Anspruch ruht auch, solange das ehemalige Mitglied des Bayerischen Landtags Entschädigung als Abgeordneter des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes bezieht; Satz 2 gilt entsprechend.

(5) ¹Erhält ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes nicht den Höchstbetrag des Übergangsgeldes nach den dort geltenden Bestimmungen, so lebt der Anspruch auf Übergangsgeld nach diesem Gesetz in Höhe des Unterschiedsbetrags wieder auf. ²Der Gesamtbetrag an Übergangsgeld aus verschiedenen Mandatszeiten darf jedoch den jeweiligen Höchstbetrag nach Absatz 1 nicht überschreiten.

(6) Stirbt ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags, so werden die Leistungen nach Absatz 1 an den überlebenden Ehegatten und die Abkömmlinge fortgesetzt, wenn Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz nicht entstehen; sind mehrere gleichberechtigte Personen vorhanden, so ist für die Bestimmung des Zahlungsempfängers die Reihenfolge der Aufzählung maßgebend.

(7) ¹Absatz 1 gilt nicht, wenn das Mitglied die Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag auf Grund des Art. 24 des Landeswahlgesetzes verliert. ²Der Präsident kann die Zahlungen aussetzen, wenn ein Verfahren zu erwarten ist, das die Folgen nach Art. 24 des Landeswahlgesetzes nach sich zieht.

Art. 12

Anspruch auf Altersentschädigung

¹Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält nach seinem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn es das 65. Lebensjahr vollendet und dem Bayerischen Landtag acht Jahre angehört hat. ²Mit jedem weiteren Jahr bis zum 18. Jahr der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag entsteht der Anspruch auf Altersentschädigung ein Lebensjahr früher. ³Art. 11 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

Art. 13

Höhe der Altersentschädigung

¹Die Altersentschädigung beträgt bei einer Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag von acht Jahren 35 v.H. der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1. ²Sie erhöht sich für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft bis zum 18. Jahr um vier v.H. ³Die Zeit der Wahrnehmung der Ämter des Präsidenten und seiner Stellvertreter wird der Berechnung der Altersentschädigung nach den Sätzen 1 und 2 mit der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 2 zugrunde gelegt. ⁴Art. 11 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

Art. 14

Berücksichtigung von Mandatszeiten in anderen Parlamenten

¹Zeiten der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und im Parlament

eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland gelten auf Antrag als Zeiten der Mitgliedschaft im Sinn des Art. 12. ²Werden durch die Anrechnung von Mandatszeiten die Voraussetzungen für einen Anspruch nach diesem Gesetz erfüllt, so wird Altersentschädigung gezahlt.

Art. 15

Gesundheitsschäden

(1) ¹Hat ein Mitglied des Bayerischen Landtags während seiner Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag ohne sein grobes Verschulden Gesundheitsschäden erlitten, die seine Arbeitskraft dauernd und so wesentlich beeinträchtigen, daß es sein Mandat und bei seinem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag die bei seiner Wahl zum Bayerischen Landtag ausgeübte oder eine andere zumutbare Erwerbstätigkeit nicht ausüben kann, so erhält es unabhängig von den in Art. 12 vorgesehenen Voraussetzungen eine Altersentschädigung, deren Höhe sich nach Art. 13 richtet, mindestens jedoch die Mindestaltersentschädigung nach Art. 13. ²Ist der Gesundheitsschaden durch einen Unfall in Ausübung oder infolge des Mandats eingetreten, so erhöht sich der Bemessungssatz nach Art. 13 um 20 v.H. bis höchstens 75 v.H.

(2) Erleidet ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags, das unabhängig vom Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer nach Art. 12 erfüllt, Gesundheitsschäden im Sinn des Absatzes 1, so erhält es Altersentschädigung, deren Höhe sich nach Art. 13 richtet.

(3) ¹Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 werden nur auf Antrag gewährt. ²Für zurückliegende Zeiten werden Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 höchstens für drei Monate vor Antragstellung gewährt.

Art. 16

Versorgungsabfindung

(1) ¹Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das bei seinem Ausscheiden weder eine Anwartschaft noch einen Anspruch auf Altersentschädigung nach den Art. 12 bis 15 erworben hat, erhält für die Zeit der Zugehörigkeit im Bayerischen Landtag auf Antrag eine Versorgungsabfindung. ²Sie wird für jeden angefangenen Monat der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag in Höhe des für diesen Monat jeweils geltenden Höchstbeitrags zur Rentenversicherung der Angestellten zuzüglich 20 v.H. dieses Höchstbeitrags gezahlt.

(2) Werden die Voraussetzungen für eine Versorgungsabfindung nach Absatz 1 erfüllt, diese aber nicht in Anspruch genommen, wird auf Antrag für die Dauer der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag nach Maßgabe des § 23 Abs. 2, 4, 7 und 8 des Abgeordnetengesetzes des Bundes eine Nachversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung und in entsprechender Anwendung des § 23 Abs. 3 desselben Gesetzes für eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vorgenommen.

(3) An Stelle der Versorgungsabfindung nach Absatz 1 wird die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag auf Antrag als Dienstzeit im Sinn

des Besoldungs- und Versorgungsrechts der Beamten und Richter berücksichtigt.

(4) Im Fall des Wiedereintritts in den Bayerischen Landtag beginnen die Fristen für die Mitgliedschaftsdauer nach Art. 12 neu zu laufen, wenn dem Mitglied des Bayerischen Landtags eine Versorgungsabfindung nach Absatz 1 gewährt wurde oder eine Anrechnung der Zeit der früheren Mitgliedschaft als Dienstzeit nach Absatz 3 erfolgt ist.

Art. 17

Überbrückungsgeld für Hinterbliebene

(1) ¹Stirbt ein Mitglied des Bayerischen Landtags, so erhalten sein überlebender Ehegatte und seine Abkömmlinge ein Überbrückungsgeld in Höhe einer Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1. ²Das Überbrückungsgeld beträgt bei einer Dauer der Mitgliedschaft von mehr als acht Jahren das Ein- einhalbfache der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1. ³Sind mehrere Berechtigte vorhanden, ist das Überbrückungsgeld in der Reihenfolge der Aufzählung in Satz 1 zu gewähren; bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann von dieser Reihenfolge abgewichen oder das Überbrückungsgeld aufgeteilt werden. ⁴Sind Hinterbliebene im Sinn des Satzes 1 nicht vorhanden, so wird auf Antrag sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit oder der Bestattung getragen haben, das Überbrückungsgeld bis zur Höhe ihrer Aufwendungen gewährt.

(2) Das gleiche gilt beim Tod eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags, das Altersentschädigung erhält oder eine Anwartschaft auf Altersentschädigung erworben hat; bei der Berechnung des Überbrückungsgeldes tritt an die Stelle der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 die Altersentschädigung nach Art. 13 Sätze 1, 2 und 4.

(3) ¹Die Hinterbliebenen eines Mitglieds des Bayerischen Landtags im Sinn von Absatz 1 Satz 1 erhalten die noch nicht abgerechneten Leistungen nach diesem Gesetz, soweit sie im Zeitpunkt des Todes fällig waren. ²Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

Art. 18

Hinterbliebenenversorgung

(1) Der überlebende Ehegatte eines Mitglieds oder eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags erhält 60 v.H. der Altersentschädigung, sofern der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes die Voraussetzungen für die Gewährung einer Altersentschädigung erfüllte oder Anspruch auf Altersentschädigung hatte.

(2) Der überlebende Ehegatte eines Mitglieds oder eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags, das unabhängig vom Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer nach Art. 12 erfüllt, erhält 60 v.H. der Altersentschädigung, deren Höhe sich nach Art. 13 bestimmt.

(3) Der überlebende Ehegatte eines Mitglieds des Bayerischen Landtags, das die Voraussetzungen des Art. 12 nicht erfüllt, erhält 60 v.H. der Mindestaltersentschädigung nach Art. 13.

(4) ¹Die Abkömmlinge eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags, das zur Zeit seines Todes Altersentschädigung erhalten hätte, eines verstorbenen Mitglieds des Bayerischen Landtags oder eines verstorbenen Empfängers von Altersentschädigung erhalten Waisengeld. ²Es beträgt für die Vollwaise 20 und die Halbwaise zwölf v.H. der Altersentschädigung nach den Absätzen 1 bis 3.

Art. 18a

Versorgungsausgleich

Die Ermittlung des Wertunterschieds im Sinn des § 1587a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt sich nach § 25a des Abgeordnetengesetzes des Bundes.

Art. 19

Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind für die Versorgung die Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

3. Abschnitt

Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen, Unterstützungen

Art. 20

Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen

(1) ¹Die Mitglieder und diejenigen ehemaligen Mitglieder des Bayerischen Landtags, die Versorgungsbezüge aus dem Versorgungswerk oder nach diesem Gesetz erhalten, sowie die Bezieher von Hinterbliebenenversorgung aus dem Versorgungswerk oder nach diesem Gesetz erhalten eine Beihilfe zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen in sinngemäßer Anwendung der Beihilfevorschriften für die bayerischen Staatsbeamten, sofern sich ein Anspruch auf Beihilfe nicht aus anderen Vorschriften ergibt. ²Das Überbrückungsgeld nach Art. 17 ist eine auf die Erstattung der Bestattungskosten anrechenbare Leistung im Sinn dieser Vorschriften. ³Versorgungsempfänger im Sinn dieser Vorschrift ist auch derjenige, dessen Anspruch auf Altersentschädigung deshalb ruht, weil er Übergangsgeld bezieht.

(2) ¹Die Beihilfe wird auch gewährt für die Dauer des Anspruchs auf Übergangsgeld nach Art. 11 Abs. 1, mindestens jedoch für die Dauer von sechs Monaten nach Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag. ²Besteht ein Anspruch auf eine Beihilfe auch gegenüber dem Deutschen Bundestag, so ruht der Anspruch nach diesem Gesetz.

(3) ¹An Stelle des Anspruchs auf Beihilfe nach den Absätzen 1 und 2 erhalten die in Absatz 1 genannten Personen einen Zuschuß zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen entsprechend § 27 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes des Bundes. ²Als Zuschuß ist die Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Krankenversicherungsbeitrags, höchstens

jedoch die Hälfte des Höchstbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung (Beitrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse München) monatlich zu zahlen.

(4) ¹Die Entscheidung darüber, ob das Mitglied des Bayerischen Landtags an Stelle der Leistungen nach Absatz 1 den Zuschuß nach Absatz 3 in Anspruch nehmen will, ist innerhalb von vier Monaten nach Annahme des Mandats dem Präsidenten mitzuteilen; die Entscheidung ist für die Dauer der Wahlperiode unwiderruflich. ²Versorgungsempfänger oder Bezieher von Hinterbliebenenversorgung haben die Entscheidung innerhalb von vier Monaten nach Zustellung des Versorgungsbescheids dem Präsidenten mitzuteilen; sie bleiben an diese Entscheidung für die Dauer von mindestens vier Jahren gebunden.

Art. 21

Unterstützungen

Der Präsident kann in besonderen Fällen einem Mitglied des Bayerischen Landtags einmalige Unterstützungen, einem ausgeschiedenen Mitglied des Bayerischen Landtags und dessen Hinterbliebenen einmalige Unterstützungen und laufende Unterhaltszuschüsse gewähren.

4. Abschnitt

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

Art. 22

Anrechnung mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

(1) Hat ein Mitglied des Bayerischen Landtags neben der Entschädigung nach Art. 5 Anspruch auf Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder aus der Verwendung im öffentlichen Dienst, so wird die Entschädigung um 50 v.H. gekürzt; der Kürzungsbetrag darf jedoch 30 v.H. des Einkommens nicht übersteigen.

(2) ¹Hat ein Mitglied des Bayerischen Landtags neben der Entschädigung nach Art. 5 Anspruch auf Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst, so wird die Entschädigung um 50 v.H. der Versorgungsbezüge, höchstens jedoch um 50 v.H. der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 gekürzt. ²Entsprechendes gilt für Renten aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes; § 55 Abs. 3 und 4 des Beamtenversorgungsgesetzes sind sinngemäß anzuwenden.

(3) ¹Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben dem Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst um 50 v.H. des Betrags, um den sie und das Einkommen die Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 übersteigen, höchstens jedoch in Höhe des Einkommens. ²Dem Einkommen nach Satz 1 sind Einkommen im Sinn von Art. 11 Abs. 2 Satz 2 gleichgestellt.

(4) ¹Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben Versorgungsbezügen aus einem Amts-

verhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst um 50 v.H. des Betrags, um den sie und die Versorgungsbezüge aus dem Amtsverhältnis oder der Verwendung im öffentlichen Dienst die Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 übersteigen, höchstens jedoch in Höhe der Versorgungsbezüge. ²Entsprechendes gilt beim Bezug von Renten im Sinn des § 55 Abs. 1 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes nach Maßgabe des § 29 Abs. 4 Satz 2 des Abgeordnetengesetzes des Bundes.

(5) Für die Zeit, für die das Mitglied des Bayerischen Landtags eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestags erhält, wird die Entschädigung nach Art. 5 nicht gewährt.

(6) ¹Bezieht ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz und eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder als Abgeordneter in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, so ruht der Versorgungsanspruch nach diesem Gesetz bis zur Höhe des Betrags der Entschädigung, die er als Abgeordneter des anderen Parlaments erhält. ²Die Versorgung nach diesem Gesetz ruht für ein ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments bis zur Höhe der Versorgung des Europäischen Parlaments. ³Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen (Art. 18).

(7) Die Absätze 1 bis 4 sind nicht auf Leistungen nach dem Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung oder entsprechende Leistungen auf Grund tariflicher Regelungen anzuwenden. ²Bei Anwendung der Absätze 1 bis 4 sind Aufwandsentschädigungen, Unfallausgleich, Urlaubsgelder und einmalige Zahlungen außer Betracht zu lassen.

(8) Bei den Anrechnungsgrenzen der Absätze 3 und 4 wird die Zeit der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 2 entsprechend berücksichtigt.

5. Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften

Art. 23

Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung

(1) ¹Der Präsident erstattet dem Bayerischen Landtag in regelmäßigen Zeitabständen einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung (Art. 5) und der Aufwandsentschädigung (Art. 6). ²Dieser Bericht muß erstattet werden, wenn der Ältestenrat es verlangt.

(2) ¹Es wird eine aus sieben unabhängigen Mitgliedern bestehende Kommission gebildet, die den Präsidenten bei der Abfassung des Berichts zu beraten hat. ²Die Mitglieder dieser Kommission dürfen nicht dem Bayerischen Landtag oder dem Deutschen Bundestag angehören.

(3) Die Mitglieder dieser Kommission werden vom Bayerischen Landtag auf Vorschlag des Ältestenrats berufen.

Art. 24

Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

(1) ¹Die in den Art. 5, 6 Abs. 1 bis 3 und in Art. 20 geregelten Ansprüche entstehen mit dem Tag der Annahme der Wahl, auch wenn die Wahlperiode des letzten Bayerischen Landtags noch nicht abgelaufen ist. ²Ausscheidende Mitglieder des Bayerischen Landtags erhalten die Entschädigung nach Art. 5 und die Aufwandsentschädigung nach Art. 6 bis zum Ende des Monats, in dem ihre Mitgliedschaft endet. ³Mitglieder des Präsidiums des Bayerischen Landtags sowie Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Zwischenausschusses erhalten die Leistungen nach Satz 1 bis zum Ende des Monats, in dem ein neugewählter Landtag zusammentritt. ⁴Die Leistungen nach Satz 1 werden für einen Monat nur einmal gewährt.

(2) Die Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern werden längstens bis zum Ende des fünften Monats nach dem Monat des Ausscheidens ersetzt, es sei denn, das Arbeitsverhältnis wird zu einem früheren Zeitpunkt beendet.

(3) ¹Die Altersentschädigung wird vom Ersten des Monats, in welchem das anspruchsbegründende Ereignis eintritt, bis zum Ablauf des Monats gewährt, in dem der Berechtigte stirbt. ²Sie wird vom Ersten des folgenden Monats an gewährt, wenn für den Monat, in welchem das anspruchsbegründende Ereignis eintritt, die Leistungen nach Absatz 1 Satz 2 gewährt wurden.

(4) ¹Der Anspruch auf Altersentschädigung ruht während der Zeit, für die ein Anspruch auf Übergangsgeld nach Art. 11 Abs. 1 besteht. ²Der Anspruch auf Altersentschädigung ruht ferner bei einem späteren Wiedereintritt in den Bayerischen Landtag für die Dauer der Mitgliedschaft.

(5) ¹Altersentschädigung nach diesem Gesetz wird nicht gezahlt, wenn das Mitglied des Bayerischen Landtags oder das ehemalige Mitglied des Bayerischen Landtags seine Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag auf Grund des Art. 24 Satz 2 des Landeswahlgesetzes verliert oder verlieren würde. ²Für die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag gilt Art. 16.

(6) ¹Die Entschädigung nach Art. 5, die Aufwandsentschädigung nach Art. 6 Abs. 2 Satz 1 und die Leistungen nach den Art. 11, 12, 15, 18 und 20 Abs. 3 werden monatlich im voraus gezahlt. ²Ist nur ein Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel gezahlt. ³Art. 25 gilt entsprechend.

(7) ¹Im Fall der Auflösung des Bayerischen Landtags stehen den Mitgliedern des Bayerischen Landtags die in den Art. 5 und 6 geregelten Ansprüche bis zum Ende des Monats zu, in dem die Neuwahl stattfindet. ²Für die Mitglieder des neu gewählten Bayerischen Landtags entstehen diese Ansprüche bereits mit dem Ersten des auf die Neuwahl folgenden Monats, sofern sie nicht nach Absatz 1 zu einem früheren Zeitpunkt entstanden sind.

Art. 25

Aufrundung

Die Leistungen nach den Art. 11 bis 18 werden auf volle Deutsche Mark aufgerundet.

Art. 26

Verzicht, Übertragbarkeit

¹Ein Verzicht auf die Entschädigung nach Art. 5, auf die Aufwandsentschädigung nach Art. 6 sowie auf die Leistungen des 2. Abschnitts des Dritten Teils dieses Gesetzes mit Ausnahme des Übergangsgeldes nach Art. 11 ist unzulässig. ²Der Anspruch aus Art. 6 ist nicht übertragbar. ³Der Anspruch auf Entschädigung nach Art. 5 ist nur bis zur Hälfte übertragbar. ⁴Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 850 ff. der Zivilprozeßordnung.

Art. 27

Verwendung im öffentlichen Dienst

Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinn dieses Gesetzes ist eine Verwendung im Sinn des § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Vierter Teil

Angehörige des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag

1. Abschnitt

Wahlvorbereitungsurlaub

Art. 28

Wahlvorbereitungsurlaub

¹Stimmt ein Beamter seiner Aufstellung als Bewerber für die Wahl zum Bayerischen Landtag, zu einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes oder zum Deutschen Bundestag zu, so ist ihm auf Antrag innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag der zur Vorbereitung seiner Wahl erforderliche Urlaub unter Wegfall der Dienstbezüge zu gewähren. ²Der Wegfall der Dienstbezüge berührt den Anspruch des Beamten auf Beihilfen zu Aufwendungen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen sowie zur Gesundheitsvorsorge nicht; dies gilt für die übrigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entsprechend.

2. Abschnitt

Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

Art. 29

Unvereinbare Ämter

¹Ein Beamter mit Dienstbezügen kann nicht Mitglied des Bayerischen Landtags sein. ²Dies gilt auch für die Beamten mit Dienstbezügen im Sinn der Beamtengesetze anderer Länder und des Bundes, ebenso für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt.

Art. 30

Ruhens der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

(1) ¹Ein in den Bayerischen Landtag gewählter Beamter mit Dienstbezügen scheidet mit der Annahme der Wahl aus seinem Amt aus. ²Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines in den Bayerischen Landtag gewählten Beamten mit Dienstbezügen ruhen vom Tag der Annahme der Wahl für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken. ³Der Beamte hat das Recht, seine Amts- oder Dienstbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a.D.“) zu führen. ⁴Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt. ⁵Satz 2 gilt längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

(2) Für den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten gilt Absatz 1 längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den dauernden Ruhestand sinngemäß.

(3) ¹Einem in den Bayerischen Landtag gewählten Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist auf seinen Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge zu gewähren. ²Wird der Beamte nach Bestehen der Laufbahnprüfung zum Beamten auf Probe ernannt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus diesem Dienstverhältnis nach Absatz 1 von dem Tag an, mit dem die Ernennung wirksam wird.

Art. 31

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

(1) ¹Nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag ruhen die in dem Dienstverhältnis eines Beamten begründeten Rechte und Pflichten für längstens weitere sechs Monate. ²Der Beamte ist auf seinen Antrag, der binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft zu stellen ist, spätestens drei Monate nach Antragstellung wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückzuführen. ³Das ihm zu übertragende Amt muß derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. ⁴Vom Tag der Antragstellung an erhält er die Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes.

(2) ¹Stellt der Beamte nicht binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag einen Antrag nach Absatz 1, so ruhen die in dem Dienstverhältnis begründeten Rechte und Pflichten (Art. 30 Abs. 1) weiter bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand. ²Die oberste Dienstbehörde kann den Beamten jedoch, wenn er weder dem Bayerischen Landtag mindestens zwei Wahlperioden angehört noch bei der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag das 55. Lebensjahr vollendet hat, unter Übertragung eines Amtes im Sinn des Absatzes 1 Satz 3 wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückführen; lehnt der Beamte die Rückführung ab oder folgt er ihr nicht, so ist er entlassen. ³Satz 2

ist nicht anzuwenden, wenn der Beamte während der Dauer seiner Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag Mitglied der Bayerischen Staatsregierung gewesen ist.

Art. 32

Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

(1) ¹Das Besoldungsdienstalter eines Beamten wird unbeschadet der Regelung des Art. 16 Abs. 3 nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag um die Hälfte der Dauer der Mitgliedschaft hinausgeschoben. ²Dies gilt auch für die Zeit, in der die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis nach Art. 31 Abs. 1 ruhen, bis zur Zurückführung in das frühere Dienstverhältnis.

(2) Wird der Beamte nicht nach Art. 31 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt, so wird das Besoldungsdienstalter um die Zeit nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag bis zum Eintritt des Versorgungsfalls hinausgeschoben.

(3) ¹Die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag gilt unbeschadet der Regelung des Art. 16 Abs. 3 nicht als Dienstzeit im Sinn des Versorgungsrechts. ²Das gleiche gilt für die Zeit nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag, wenn der Beamte nicht nach Art. 31 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt wird. ³Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn ein Antrag nach Art. 31 Abs. 1 Satz 2 gestellt wird.

(4) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf laufbahnrechtliche Dienstzeiten, mit Ausnahme der Probezeit, anzurechnen.

Art. 33

Entlassung

Der Beamte, der in ein mit dem Mandat unvereinbares Amt berufen wird, ist zu entlassen, wenn er zur Zeit der Ernennung Mitglied des Bayerischen Landtags, des Deutschen Bundestags, des Europäischen Parlaments oder einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes war und nicht innerhalb der von der obersten Dienstbehörde zu bestimmenden angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.

Art. 34

Beförderungsverbot

¹Legt ein Beamter sein Mandat nieder und bewirbt er sich zu diesem Zeitpunkt erneut um einen Sitz im Bayerischen Landtag, im Deutschen Bundestag oder im Europäischen Parlament, so ist die Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt und die Übertragung eines anderen Amtes beim Wechsel der Laufbahngruppe nicht zulässig. ²Satz 1 gilt entsprechend für die Zeit zwischen zwei Wahlperioden.

Art. 35

Beamte auf Zeit, Wahlbeamte auf Zeit

(1) Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines Beamten auf Zeit oder eines Wahl-

beamten auf Zeit ruhen längstens bis zum Ablauf der Amtszeit.

(2) ¹Fällt bei einem Wahlbeamten auf Zeit der Ablauf der Amtszeit auf einen Zeitpunkt nach dem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag, gilt die Amtszeit zu diesem Zeitpunkt insgesamt als abgeleistet. ²Kehrt der Wahlbeamte auf Zeit in der Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag und dem Ablauf seiner Amtszeit in ein Beamtenverhältnis zurück, so kann die Dienstzeit nur einmal berücksichtigt werden.

(3) Art. 31 gilt nicht für Wahlbeamte auf Zeit.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Wahlbeamte auf Zeit, die ein Mandat im Deutschen Bundestag annehmen.

Art. 36

Richter und Angestellte des öffentlichen Dienstes

(1) Die Art. 30 bis 32 und 34 gelten für Richter entsprechend.

(2) ¹Die Art. 29 bis 35 gelten für Angestellte des öffentlichen Dienstes sinngemäß. ²Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten anzurechnen; im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften, die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grund nach regeln.

Fünfter Teil

Übergangsregelung, Inkrafttreten

Art. 37

Übergangsregelung für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes

(1) ¹Der auf Grund des *Gesetzes über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat für Angehörige des öffentlichen Dienstes (Rechtsstellungsgesetz)* in den Ruhestand getretene Beamte, der in einen nach der Verkündung dieses Gesetzes zu wählenden Landtag gewählt wird, gilt mit dem Tag der Annahme des Mandats wieder als in das Beamtenverhältnis unter gleichzeitigem Ruhen der Rechte und Pflichten (Art. 30 Abs. 1) berufen, sofern er die allgemeinen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis noch erfüllt. ²Ansprüche, die bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode hinsichtlich der Anrechnung von Mandatszeiten als Dienstzeit im Sinn des Besoldungs- und Versorgungsrechts entstanden sind, bleiben erhalten. ³Das gilt entsprechend hinsichtlich der Rechte nach Art. 3 Abs. 7 des Rechtsstellungsgesetzes vom 23. Juni 1966.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Richter sowie sinngemäß für Angestellte des öffentlichen Dienstes, soweit sie zu dem im Rechtsstellungsgesetz genannten Personenkreis gehören.

Art. 38

Versorgung für Zeiten
vor Inkrafttreten des Gesetzes

(1) Ein vor dem 1. Juni 1968 ausgeschiedenes Mitglied des Bayerischen Landtags oder seine Hinterbliebenen erhalten ab 1. April 1979 eine Altersentschädigung bzw. Hinterbliebenenversorgung nach den Art. 12 bis 19, 22, 24 Abs. 3 bis 6, Art. 25 und 27.

(2) ¹Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das in der Zeit vom 1. Juni 1968 bis zum Inkrafttreten des Bayerischen Abgeordnetengesetzes aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden ist, und seine Hinterbliebenen erhalten Versorgung nach der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags in der jeweils geltenden Fassung. ²An Stelle der Versorgung nach Satz 1 wird auf Antrag für Zeiten der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag Versorgung nach diesem Gesetz gewährt; dabei werden Zeiten nicht berücksichtigt, soweit das Mitglied auf eigenen Antrag von der Mitgliedschaft befreit war oder ihm die eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung erstattet worden sind. ³Der Antrag ist innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Bestimmung beim Präsidenten zu stellen.

(3) Ein Mitglied, das dem Bayerischen Landtag bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes angehört hat und erst nach seinem Inkrafttreten aus dem Bayerischen Landtag ausscheidet, erhält Altersentschädigung nach diesem Gesetz; dabei wird die Zeit der Mitgliedschaft vor Inkrafttreten dieses Gesetzes berücksichtigt, soweit nicht das Mitglied auf eigenen Antrag von der Mitgliedschaft befreit war oder ihm die eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung erstattet worden sind.

(4) ¹An Stelle der Altersentschädigung nach Absatz 3 werden auf Antrag die nach der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags geleisteten eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung zinslos erstattet. ²In diesem Fall bleiben die Zeiten der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der Festsetzung der Altersentschädigung nach diesem Gesetz unberücksichtigt.

(5) ¹An Stelle der Altersentschädigung nach Absatz 3 erhält ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das die Anspruchsvoraussetzungen für ein Ruhegeld nach § 6 Abs. 1 der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags erfüllt, für die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Antrag Ruhegeld nach § 6 der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags; für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wird Altersentschädigung nach diesem Gesetz mit der Maßgabe gewährt, daß für jedes Jahr der Mitgliedschaft fünf v.H. der Entschädigung nach Art. 5 gezahlt werden. ²Die anrechenbaren Zeiten vor und nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dürfen 16 Jahre nicht übersteigen, für den Zeitpunkt der Anspruchsberechtigung auf Ruhegeld aus dem Versorgungswerk und auf Altersentschädigung nach diesem Gesetz wird die gesamte Dauer der Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag zugrundegelegt. ³Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen.

(6) Die Anträge gemäß den Absätzen 4 und 5 sind innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Präsidenten zu stellen.

(7) ¹Das Ruhegeld aus dem Versorgungswerk des Bayerischen Landtags wird entsprechend der Erhöhung der Entschädigung nach Art. 5 dieses Gesetzes angepaßt. ²Entsprechendes gilt auch für die Berechnungsgrundlage für ein künftiges Ruhegeld, wenn eine Anwartschaft hierauf besteht.

Art. 39

Versorgungsabfindung

¹Zeiten der Mitgliedschaft vor Inkrafttreten des Gesetzes werden auf Antrag auf die Zeiten nach Art. 16 angerechnet. ²Dies gilt nicht, soweit das Mitglied des Bayerischen Landtags auf eigenen Antrag von der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk des Bayerischen Landtags befreit war oder ihm die eigenen Beiträge zur Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erstattet worden sind.

Art. 40

Anrechnung früherer Versorgungsbezüge

Leistungen nach der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags werden nicht in die Anrechnung nach Art. 22 Abs. 3 und 4 einbezogen.

Art. 41

Anrechnung von Zeiten
für das Übergangsgeld

¹Zeiten der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes liegen, werden bei der Berechnung des Zeitraums, für den Übergangsgeld zu zahlen ist, berücksichtigt. ²Dies gilt nicht, soweit die frühere Zeit durch die Gewährung eines Übergangsgeldes bereits abgegolten wurde.

Art. 42

Zuschuß zu den Kosten in Krankheits-,
Geburts- und Todesfällen und Unter-
stützungen für ehemalige Mitglieder des
Bayerischen Landtags

Art. 20 und 21 gelten auch für ehemalige Mitglieder des Bayerischen Landtags, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden sind, und für deren Hinterbliebene.

Art. 43

Besteuerung

§ 22 Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes findet erstmals auf Leistungen Anwendung, die auf Grund dieses Gesetzes gezahlt werden.

Art. 43a

Anwendung bisherigen und neuen Rechts
auf Versorgungsansprüche
und Versorgungsanwartschaften,
die vor dem 1. November 1990
entstanden sind

(1) Versorgungsansprüche, die vor dem 1. November 1990 entstanden sind, richten sich nach dem bis zum 31. Oktober 1990 geltenden Recht.

(2) Wurde vor dem 1. November 1990 eine Anwartschaft auf eine Altersentschädigung nach den Art. 12 bis 14 erworben und tritt der Versorgungsfall vor dem 1. Januar 2002 ein, so bestimmt sich der Versorgungsanspruch nach dem bis zum 31. Oktober 1990 geltenden Recht.

(3) ¹Tritt der Versorgungsfall nach dem 31. Dezember 2001 ein, so bleibt eine vor dem 1. November 1990 nach den Art. 12 bis 14 erworbene Anwartschaft auf eine Altersentschädigung sowohl hinsichtlich der Höhe als auch des Bezugszeitpunktes unberührt. ²Im übrigen gelten der Steigerungssatz und, sofern dies günstiger ist, der Bezugszeitpunkt nach neuem Recht.

(4) Die Versorgungsansprüche der Hinterbliebenen nach Art. 18 sind hinsichtlich der Anwendung von bisherigem und neuem Recht abhängig von dem Anspruch oder der Anwartschaft auf Altersentschädigung des Verstorbenen im Zeitpunkt seines Todes.

(5) Art. 11 Abs. 1 Satz 5 in der ab 1. November 1990 geltenden Fassung findet nur Anwendung, wenn auf den Versorgungsfall ausschließlich neues Recht Anwendung findet.

(6) Art. 22 findet in der ab 1. November 1990 geltenden Fassung Anwendung.

Art. 44

Inkrafttreten, Weitergeltung alten Rechts

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Art. 2, 3, 28 und 38 Abs. 1 Satz 2 am 28. Oktober 1978 in Kraft; Art. 2, 3, 28 und 38 Abs. 1 Satz 2 treten am 1. August 1977 in Kraft*).

(2) ¹Art. 16a des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen

Landtags und die Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags gelten in ihrer jeweiligen Fassung fort für die Mitglieder des Bayerischen Landtags, die bis zum Ende der laufenden Wahlperiode aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden sind oder ausscheiden werden, und für solche Mitglieder, die Altersentschädigung nach Art. 38 Abs. 5 beantragen. ²Satzungsänderungen des Versorgungswerks sind im Bayerischen Staatsanzeiger zu veröffentlichen.

(3) Für Mitglieder des Bayerischen Landtags, die sich nach dem *Rechtsstellungsgesetz* im Ruhestand befinden, gilt das *Rechtsstellungsgesetz* fort, sofern sie bis zum Ende der laufenden Wahlperiode aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden sind oder ausscheiden werden.

(4) Im übrigen treten mit dem allgemeinen Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft:

1. das Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags mit Ausnahme des Art. 15a; Ansprüche nach Art. 15a werden nach den Bestimmungen der Art. 5 Abs. 2, Art. 12, 13, 17 Abs. 2, Art. 18 und 22 dieses Gesetzes geregelt, sofern der Anspruchsberechtigte mit Ablauf der 8. Legislaturperiode das Amt des Landtagspräsidenten oder eines Landtagsvizepräsidenten nicht mehr bekleidet;
2. das Gesetz über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat für Angehörige des öffentlichen Dienstes (*Rechtsstellungsgesetz*);
3. die Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags.

*) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 25. Juli 1977 (GVBl S. 369). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

2030-2-42-F

**Verordnung
über die Gewährung einer
ergänzenden Fürsorgeleistung
an Beamte und Richter
mit dienstlichem Wohnsitz in München
(Fürsorgeverordnung München – FürsVM –)**

Vom 20. November 1990

Auf Grund des Art. 86b des Bayerischen Beamtengesetzes erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

(1) Beamte und Richter des Freistaates Bayern mit dienstlichem Wohnsitz in München erhalten eine ergänzende Fürsorgeleistung.

(2) ¹Ein Beamter oder Richter hat seinen dienstlichen Wohnsitz in München, wenn die Behörde – oder bei einer räumlichen Teilung der Behörde – die Dienststelle (Außenstelle, Zweigstelle), der der Beamte oder Richter angehört und bei der er überwiegend tätig ist, ihren Sitz im Stadtgebiet von München hat. ²Wird ein Beamter oder Richter für einen Zeitraum von länger als vier Wochen zu einer anderen Behörde oder Dienststelle abgeordnet oder innerhalb seiner Behörde zu einer anderen Dienststelle umgesetzt, ist der Sitz der neuen Behörde oder Dienststelle für die Bestimmung des dienstlichen Wohnsitzes maßgebend. ³Für Beamte oder Richter, die an Dienststellen in verschiedenen Orten tätig sind ohne bei einer Dienststelle überwiegend beschäftigt zu sein, bestimmt die oberste Dienstbehörde den dienstlichen Wohnsitz (§ 15 Abs. 2 Nr. 1 Bundesbesoldungsgesetz).

(3) Ein Beamter in Ausbildung hat seinen dienstlichen Wohnsitz in München

1. für die Dauer der Ausbildung, solange diese schwerpunktmäßig bei Behörden oder Dienststellen mit Sitz im Stadtgebiet von München durchgeführt wird; eine lediglich vorübergehende Lehrgangs- oder sonst ausbildungsbedingte Abwesenheit von München bleibt unberücksichtigt;
2. für die Dauer der Zuweisung, wenn er ausbildungsbedingt für mindestens vier Wochen einer Behörde oder Dienststelle mit Sitz im Stadtgebiet von München zugewiesen wird oder
3. für die Dauer der Teilnahme an einem mindestens vierwöchigen Lehrgang, wenn dieser Lehrgang im Stadtgebiet von München abgehalten wird.

§ 2

- (1) Die ergänzende Fürsorgeleistung beträgt
1. für Beamte in den Besoldungsgruppen
A 2 bis A 10 150 Deutsche Mark monatlich,
 2. für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn mit einem Eingangsamtsamt bis zur Besoldungsgruppe
A 10 75 Deutsche Mark monatlich.

(2) Erhält der Ehegatte des Beamten als Beamter, Richter, Soldat oder Angestellter im öffentlichen Dienst (§ 29 Bundesbesoldungsgesetz) eine ergänzende Fürsorgeleistung im Sinn des Absatzes 1 Nr. 1 oder einer vergleichbaren Regelung in Höhe von mindestens 80 v.H. der nach dieser Verordnung zustehenden Beträge oder gehört der Ehegatte als Beamter, Richter oder Soldat der Besoldungsgruppe A 11 und höher oder einer Besoldungsgruppe der Besoldungsordnungen B, C oder R oder als Angestellter einer vergleichbaren Vergütungsgruppe an, beträgt die ergänzende Fürsorgeleistung die Hälfte der Beträge nach Absatz 1.

(3) ¹Ist der Beamte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt, verringert sich die ergänzende Fürsorgeleistung entsprechend der Ermäßigung der Arbeitszeit. ²Sie beträgt die Hälfte der Beträge nach Absatz 1, wenn der Ehegatte des Beamten als Beamter, Richter, Soldat oder Angestellter im öffentlichen Dienst (§ 29 Bundesbesoldungsgesetz) mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt ist.

§ 3

¹Die ergänzende Fürsorgeleistung nach § 2 erhöht sich für jedes Kind, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz tatsächlich gezahlt wird, um 40 Deutsche Mark monatlich. ²Den Erhöhungsbetrag für Kinder erhalten auch Beamte in Besoldungsgruppe A 11 bis A 13, HS 1 kw und C 1, Richter und Staatsanwälte in Besoldungsgruppe R 1 bis zur vierten Lebensaltersstufe und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn mit Eingangsamtsamt in Besoldungsgruppe A 11 bis A 13. ³§ 2 Abs. 3 findet auf den Erhöhungsbetrag keine Anwendung.

§ 4

¹Die ergänzende Fürsorgeleistung wird je Kalendermonat einmal gewährt und im voraus mit den Dienstbezügen gezahlt. ²§ 3 Abs. 4 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

§ 5

¹Ein Sonderzuschlag nach § 72 des Bundesbesoldungsgesetzes kann auf die ergänzende Fürsorgeleistung nach dieser Verordnung ganz oder zum Teil angerechnet werden. ²Die näheren Einzelheiten dazu bestimmt das Staatsministerium der Finanzen.

§ 6

Die nichtstaatlichen Dienstherrn können ihren Beamten mit dienstlichem Wohnsitz in München eine ergänzende Fürsorgeleistung höchstens in der in dieser Verordnung bestimmten Höhe gewähren.

§ 7

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1990 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1995 außer Kraft.

München, den 20. November 1990

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Max Streibl

2210-8-2-1-1-WK

Elfte Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung ZVS

Vom 8. November 1990

Auf Grund von Art. 16 Abs. 1 Nrn. 1 bis 13 des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 14. Juni 1985 (GVBl 1986 S. 218, BayRS 2210-8-1-WK) in Verbindung mit § 72 Abs. 2 Sätze 1 bis 3 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1987 (BGBl I S. 1170), zuletzt geändert durch Anlage I Kapitel XVI Sachgebiet A Abschnitt II Nr. 2 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 in Verbindung mit Art. 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl II S. 885, 1130) sowie Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 19. Februar 1988 (GVBl S. 18, BayRS 2210-8-2-WK) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens (Vergabeverordnung ZVS) vom 31. Juli 1985 (GVBl S. 294, BayRS 2210-8-2-1-1-WK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Juli 1990 (GVBl S. 312), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 12 Abs. 3 werden folgende Sätze 2 bis 5 angefügt:

„²Die Quoten nach Satz 1 werden jeweils in einen Anteil für die Auswahl der Bewerber mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und aus den in Art. 1 Abs. 1 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 genannten Ländern und dem Teil des Landes Berlin, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt, und in einen Anteil für die Auswahl der übrigen Bewerber unterteilt. ³Der jeweilige Anteil an Studienplätzen für Bewerber mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und aus den in Art. 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Ländern und dem Teil des Landes Berlin, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt, bemißt sich nach dem Anteil dieser Bewerber an der Gesamtzahl derjenigen Bewerber, die bei der Auswahl in der jeweiligen Quote zu berücksichtigen sind. ⁴Für jede Quote nach Satz 2 muß mindestens ein Studienplatz zur Verfügung gestellt werden, wenn in der entsprechenden Quote mindestens ein Bewerber zu berücksichtigen ist. ⁵Für die Bewerber, die nicht den Quoten nach Satz 3 unterfallen, werden bei der Auswahl nach dem Grad der Qualifikation nach Maßgabe der §§ 15 und 16 Landesquoten gebildet.“

2. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Bewerber, die nach Art. 23 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Dauer von drei Jahren Wehrdienst oder einen entsprechenden Dienst in den kasernierten Einheiten des Ministeriums des Inneren, in der Zivilverteidigung oder in den Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung nach den Buchstaben b bis d der Bekanntmachung vom 25. März 1982 (GBl I Nr. 12 S. 268) abgeleistet haben, werden in dem im Hauptantrag genannten Studiengang bevorzugt ausgewählt, wenn sie zu Beginn oder während ihres Dienstes in den Vergabeverfahren zum Sommersemester 1990 oder zum Wintersemester 1990/91 von der Zentralstelle zugelassen worden sind; Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.“

- b) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

3. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 Satz 1 Nr. 1 Halbsatz 2 und Nr. 3 Buchst. b werden jeweils nach den Worten „§ 13 Abs. 1“ die Worte „oder Abs. 5“ eingefügt.

- b) Dem Absatz 6 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Für die Zahl der Halbjahre nach dem 31. März 1991, in denen der Bewerber an einer Hochschule in den in Art. 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Ländern und in dem Teil des Landes Berlin, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt, als Student eingeschrieben war, gilt Satz 1 entsprechend.“

4. Dem § 20 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Für Bewerber, die nach dem 30. September 1991 ein Studium an einer Hochschule in den in Art. 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Ländern und in dem Teil des Landes Berlin, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt, abgeschlossen haben, gilt Satz 1 entsprechend.“

5. In § 21 Abs. 2 Halbsatz 1 werden nach den Worten „§ 13 Abs. 1“ die Worte „oder Abs. 5“ eingefügt.

6. § 24 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Für die Quoten nach Satz 1 Nr. 1 und nach Satz 1 Nr. 3 gelten § 12 Abs. 3 Sätze 2 bis 5 entsprechend.“

- b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.
7. Dem § 27 Abs. 2 wird folgender Satz 2 angefügt:
 „²Bewerbungssemester nach dem 31. März 1991 werden auch dann nicht gezählt, wenn der Bewerber an einer Hochschule in den in Art. 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Ländern und in dem Teil des Landes Berlin, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt, als Student eingeschrieben war.“
8. In § 30 Abs. 2 Halbsatz 1 werden nach den Worten „§ 13 Abs. 1“ die Worte „oder Abs. 5“ eingefügt.
9. § 33 Satz 2 erhält folgende Fassung:
 „²Die bevorzugte Auswahl nach § 13 Abs. 1 setzt voraus, daß der Bewerber von der Zentralstelle oder nach § 32 von der Hochschule zugelassen worden ist; die bevorzugte Auswahl nach § 13 Abs. 5 setzt voraus, daß der Bewerber in den Vergabeverfahren zum Sommersemester 1990 oder zum Wintersemester 1990/91 von der Zentralstelle oder nach § 32 von der Hochschule zugelassen worden ist.“
10. Anlage 1 wird wie folgt geändert:
 a) Bei dem Wort „Betriebswirtschaft“ wird das Fußnotenzeichen „2“ gestrichen.

- b) In der Fußnote 2 werden die Worte „Wintersemester 1990/91“ durch die Worte „Sommersemester 1991“ ersetzt.
11. Der Anlage 4 Nr. 3 wird folgender Satz 3 angefügt:
 „³Das Zweitstudienvorhaben eines Bewerbers, der nach einer Familienphase die Wiedereingliederung oder den Neueinstieg in das Berufsleben anstrebt, kann unabhängig von der Bewertung des Vorhabens und seiner Zuordnung zu einer der vorgenannten Fallgruppen durch Gewährung eines Zuschlags von bis zu 2 Punkten bei der Meßzahlbildung berücksichtigt werden.“

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 15. Dezember 1990 in Kraft. ²Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Sommersemester 1991.

München, den 8. November 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

2013-5-1-F

Verordnung zur Aufhebung der Kostenmarkenordnung

Vom 9. November 1990

Auf Grund von Art. 26 Abs. 2 des Kostengesetzes und Art. 79 der Haushaltsordnung des Freistaates Bayern erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit den übrigen Bayerischen Staatsministerien und, soweit erforderlich, mit Zustimmung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Verwendung von Kostenmarken (Kostenmarkenordnung – KMO) vom 24. März 1970 (BayRS 2013-5-1-F) wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1990 in Kraft.

München, den 9. November 1990

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Dr. Georg von Waldenfels, Staatsminister

2170-2-1-A

Durchführungsverordnung zum Schwangerenberatungsgesetz (SchwBerV)

Vom 13. November 1990

Auf Grund des Art. 14 Abs. 4 Satz 2 des Schwangerenberatungsgesetzes (BayRS 2170-2-A) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Zuschußfähiges Personal

(1) Je Beratungsstelle ist jeweils eine ganze Stelle für eine Fachkraft nach Art. 12 Abs. 1 Nr. 1 des Schwangerenberatungsgesetzes und für eine Angestellte im Schreibdienst zuschußfähig.

(2) Umfaßt der festgelegte Einzugsbereich der Beratungsstelle mehr als 100 000 Einwohner, ist jeweils für weitere 75 000 Einwohner eine halbe Stelle für eine Fachkraft und eine viertel Stelle für eine Angestellte im Schreibdienst zuschußfähig, wenn der Umfang der Beratungstätigkeit die Beschäftigung der weiteren Kräfte erfordert.

(3) Für Aushilfskräfte, die wegen Urlaub, Mutterschutz, Erziehungsurlaub und Krankheit des unter Absätze 1 und 2 genannten Personals benötigt werden, sind die anteiligen Personalausgaben nach § 2 für die Zeit, in der die Aushilfskraft beschäftigt wird, zuschußfähig.

(4) ¹Zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Beratungsangebotes nach Art. 2 Abs. 1 des Schwangerenberatungsgesetzes sind in begründeten Fällen auch Personalausgaben zuschußfähig, die über die Absätze 1 bis 3 hinausgehen. ²Bei der Bemessung des notwendigen Personals kann aber nur dann vom Einwohnerrichtwert abgewichen werden, wenn sich die Beratungstätigkeit nachweislich so ausgeweitet hat, daß sie mit dem nach den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Personal auf Dauer nicht mehr ordnungsgemäß im Sinn der Art. 3, 4, 5 und 7 des Schwangerenberatungsgesetzes durchgeführt werden kann.

§ 2

Höhe der zuschußfähigen Personalausgaben

(1) ¹Die Höhe der zuschußfähigen Personalausgaben bemißt sich nach Kostenpauschalen. ²Sie werden auf der Grundlage des Bundesangestellten-tarifvertrages (BAT) und den ihn ergänzenden Tarifverträgen in der für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder geltenden Fassung festgesetzt. ³Die Beträge der Kostenpauschalen werden jährlich durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bekanntgegeben. ⁴Die Kostenpauschalen sind als zuschußfähiger Aufwand auch dann zugrunde zu legen, wenn im Einzelfall die nach Absatz 2 berücksichtigten Aufwendungen

nicht oder in anderer Höhe anfallen. ⁵Für die zutreffende Eingruppierung sind die Bestimmungen des BAT maßgebend.

(2) Bei der Festsetzung der Kostenpauschalen werden berücksichtigt:

1. die nach der jeweils zutreffenden Vergütungsgruppe zustehende Grundvergütung. Dabei ist abzustellen

a) vor Vollendung des 29. Lebensjahres (Gruppe A) auf das Mittel der Grundvergütungen der Lebensaltersstufen 25 und 27;

b) ab Vollendung des 29. Lebensjahres bis vor Vollendung des 37. Lebensjahres (Gruppe B) auf das Mittel der Grundvergütungen der Lebensaltersstufen 31 und 33;

c) ab Vollendung des 37. Lebensjahres bis vor Vollendung des 45. Lebensjahres (Gruppe C) auf das Mittel der Grundvergütungen der Lebensaltersstufen 39 und 41;

d) nach Vollendung des 45. Lebensjahres (Gruppe D) auf die jeweilige Endgrundvergütung.

Die Zuordnung zu den einzelnen Gruppen bestimmt sich nach den Verhältnissen zu Beginn des Bewilligungszeitraumes.

2. der tarifliche Ortszuschlag der Stufe 2 bei Gruppe A und D und Stufe 3 bei Gruppe B und C;

3. die allgemeine Zulage an Angestellte;

4. die auf Grund der Nummern 1 bis 3 sich ergebende Zuwendung (Weihnachtszuwendung);

5. die vermögenswirksamen Leistungen des Arbeitgebers sowie das Urlaubsgeld und

6. ein Versorgungszuschlag von 23 v.H. aus diesen Bezügen.

(3) Für Personal, dessen Beschäftigung für eine geringere als die regelmäßige tarifliche Arbeitszeit vereinbart ist, wird der Teil des Pauschalsatzes als zuschußfähig anerkannt, der dem Verhältnis der vereinbarten zur regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit entspricht.

(4) Für Zeiten des Bezugs von Mutterschaftsgeld wird anstatt der Kostenpauschale nach Absatz 1 der tatsächlich vom Arbeitgeber gezahlte Zuschuß zum Mutterschaftsgeld (§ 14 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes) zugrunde gelegt.

(5) Für das nach § 1 zuschußfähige Personal entfällt die Pauschale, solange eine Stelle nicht besetzt ist oder wegen Krankheit, Mutterschutz, Erziehungsurlaub u. ä. ein tariflicher oder gesetzlicher Vergütungsanspruch nicht besteht.

(6) Die sich nach den Absätzen 2 bis 4 für die einzelne Kraft ergebenden zuschußfähigen Personalausgaben sind auf volle Deutsche Mark abzurunden.

§ 3

Zuschußfähige Sachausgaben

(1) Zuschußfähige Sachausgaben für eine Beratungsstelle mit personeller Mindestbesetzung nach § 1 Abs. 1 sind die notwendigen Aufwendungen für

1. die Erstausrüstung der Beratungsstelle in angemessenem Umfang, soweit noch nicht vorhanden;
2. Miete und Mietnebenkosten bis zur Höhe der ortsüblichen Miete sowie Reinigungskosten;
3. Heizung, Strom, Gas und Wasser;
4. Ersatzbeschaffung von Büroeinrichtung und -maschinen sowie Instandhaltung der Räume im angemessenen Umfang;
5. Drucksachen, Anzeigen, Plakate und sonstige Bekanntmachungen;
6. Fachbücher und -zeitschriften;
7. Supervision;
8. Büro- und Schreibbedarf;
9. Porto- und Fernspreckgebühren;
10. Reisekosten;
11. Fortbildungsmaßnahmen;
12. Versicherungen;
13. Vergütung von Honorarkräften.

(2) ¹Bei der Festlegung der zuschußfähigen Ausgaben nach Absatz 1 Nr. 7 ist die Zahl der Mitarbeiter in den Beratungsstellen zu berücksichtigen. ²Bei Beratungsstellen mit mehreren nach § 1 Abs. 2 zuschußfähigen Stellen für Fachkräfte erhöht sich der Umfang der zuschußfähigen Sachausgaben nach Absatz 1 Nrn. 8 bis 12 entsprechend.

(3) ¹Aufwendungen nach Absatz 1 Nrn. 5, 6, 7 und 13 werden bis zu einem Höchstbetrag und Aufwendungen nach Absatz 1 Nrn. 8 bis 12 mit einem Pauschalbetrag erstattet. ²Die Höchst- und Pauschalbeträge werden durch Bekanntmachung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen, im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie nach Anhörung der Kirchen und Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege festgelegt.

(4) Bei Beratungsstellen mit ländlichen Einzugsgebieten kann der Pauschalbetrag für Aufwendungen nach Absatz 1 Nrn. 9 und 10 überschritten werden, wenn ein begründeter Mehrbedarf nachgewiesen wird.

§ 4

Auskunftspflicht der Beratungsstellen

(1) Beratungsstellen nach Art. 14 Abs. 3 des Schwangerenberatungsgesetzes sind verpflichtet, den für die Gewährung der staatlichen und kommunalen Zuschüsse zuständigen Behörden

1. auf Anfrage alle Auskünfte über den Umfang der Beratungs- und Informationstätigkeit, die zur Beurteilung der Notwendigkeit zuschußfähiger Personal- und Sachausgaben erforderlich sind, zu erteilen und

2. die für die Zuschußgewährung erforderlichen Angaben und deren Änderungen unverzüglich mitzuteilen.

(2) Art. 8 des Schwangerenberatungsgesetzes bleibt unberührt.

§ 5

Antrags- und Bewilligungsverfahren

(1) Bis spätestens 1. Oktober des Vorjahres sollen Anträge auf Gewährung von

1. staatlichen Zuschüssen bei den Regierungen und
2. kommunalen Zuschüssen bei den zum festgelegten Einzugsbereich gehörenden Landkreisen und kreisfreien Gemeinden

eingereicht werden.

(2) ¹Die Regierungen prüfen die Anträge nach Absatz 1 Nr. 1, stellen im Einvernehmen mit den beteiligten Landkreisen und kreisfreien Gemeinden die Höhe der zuschußfähigen Gesamtkosten für die Bemessung der staatlichen Zuschüsse fest und bewilligen die staatlichen Zuschüsse. ²Sie veranlassen die Auszahlung der staatlichen Zuschüsse in vierteljährlichen Abschlagszahlungen und nehmen die Jahresabrechnung im letzten Viertel des Haushaltsjahres vor.

(3) ¹Die Regierungen prüfen die Verwendungsnachweise. ²Die beteiligten Landkreise und kreisfreien Gemeinden können in diese Unterlagen Einsicht nehmen. ³Für pauschalisierte Sachausgaben nach § 3 Abs. 1 Nrn. 8 bis 12 ist ein Verwendungsnachweis nicht erforderlich.

(4) Die Vorschriften der Bayerischen Haushaltsordnung und der hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften finden entsprechende Anwendung.

§ 6

Inkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1990 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Durchführungsverordnung zum Schwangerenberatungsgesetz (SchwBerV) vom 1. September 1978 (BayRS 2170-2-1-A), geändert durch Verordnung vom 2. November 1983 (GVBl S. 1012), außer Kraft.

München, den 13. November 1990

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung**

Dr. Gebhard Glück, Staatsminister

300-3-1-J

Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz

Vom 14. November 1990

Auf Grund von § 689 Abs. 3 Satz 1 der Zivilprozeßordnung in der Fassung vom 12. September 1950 (BGBl S. 455), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Mai 1990 (BGBl I S. 926), § 306 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 132 Abs. 1 Satz 3 sowie § 306 Abs. 2 in Verbindung mit § 99 Abs. 3 Satz 8 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl I S. 926), § 89 Abs. 1 Satz 1, §§ 93 und 97 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1990 (BGBl I S. 235), in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nrn. 2, 25, 27 und Abs. 2 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz vom 17. Februar 1987 (GVBl S. 33, BayRS 300-1-3-J), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Januar 1988 (GVBl S. 1), erläßt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten im Bereich des Staatsministeriums der Justiz (Gerichtliche Zuständigkeitsverordnung Justiz – GZVJu) vom 2. Februar 1988 (GVBl S. 6, BayRS 300-3-1-J), geändert durch Verordnung vom 18. Februar 1988 (GVBl S. 31), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) §§ 4 und 5 erhalten folgende Fassung:

„§ 4 Festsetzung des Regelunterhalts nichtehelicher Kinder und Abänderung von Unterhaltstiteln

§ 5 Mahnverfahren“;
 - b) nach § 10 wird eingefügt:

„§ 10a Sicherung der außenstehenden Aktionäre bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen“.
2. §§ 4 und 5 werden wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift des § 4 erhält folgende Fassung:

„Festsetzung des Regelunterhalts nichtehelicher Kinder und Abänderung von Unterhaltstiteln“;
 - b) der bisherige Wortlaut des § 4 wird § 4 Abs. 1;
 - c) der Wortlaut des bisherigen § 5 wird § 4 Abs. 2;
 - d) es wird folgender neuer § 5 eingefügt:

„§ 5

Mahnverfahren

Auf Grund des § 689 Abs. 3 Satz 1 ZPO werden für die Fälle, in denen der Antrag in einer

nur maschinell lesbaren Aufzeichnungen eingereicht wird, dem Amtsgericht Nürnberg die Mahnverfahren für die Bezirke der Amtsgerichte Fürth und Nürnberg übertragen.“

3. Nach § 10 wird folgender § 10a eingefügt:

„§ 10a

Sicherung der außenstehenden Aktionäre bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen

- (1) Auf Grund von § 306 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 132 Abs. 1 Satz 3 AktG werden die Entscheidungen nach § 304 Abs. 3 Satz 3, § 305 Abs. 5 Sätze 2 und 3 AktG übertragen dem
 1. Landgericht München I
für die Landgerichtsbezirke des Oberlandesgerichts München,
 2. dem Landgericht Nürnberg-Fürth
für die Landgerichtsbezirke der Oberlandesgerichte Nürnberg und Bamberg.
- (2) Auf Grund von § 306 Abs. 2 in Verbindung mit § 99 Abs. 3 Satz 8 AktG wird die Entscheidung über die Beschwerden nach § 304 Abs. 3 Satz 3, § 305 Abs. 5 Sätze 2 und 3 in Verbindung mit § 306 Abs. 2 und § 99 Abs. 3 Satz 5 AktG dem Obersten Landesgericht übertragen.“
4. § 16 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Auf Grund des § 89 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 97 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) werden die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, für die nach § 87 GWB ausschließlich die Landgerichte zuständig sind, und die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus Art. 85 oder 86 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben, übertragen dem

 1. Landgericht München I
für die Landgerichtsbezirke des Oberlandesgerichts München,
 2. Landgericht Nürnberg-Fürth
für die Landgerichtsbezirke der Oberlandesgerichte Nürnberg und Bamberg.“
5. In § 21 wird bei
 - a) Nummer 1 „Oberlandesgerichtsbezirks“ durch „Oberlandesgerichts“ ersetzt,
 - b) Nummer 2 „Oberlandesgerichtsbezirke“ durch „Oberlandesgerichte“ ersetzt.

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 8000 München 82
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1991 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt § 1 Nr. 3 am 1. Dezember 1990 in Kraft.

München, den 14. November 1990

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Dr. M. Berghofer-Weichner, Staatsministerin

Hinweis

Folgende Verordnung wurde im Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft und Kunst, Teil I, amtlich veröffentlicht:

2210-4-1-2-9-WK

**Erste Verordnung zur Änderung der
Rahmenstudienordnung für den
Fachhochschulstudiengang
Wirtschaftsingenieurwesen**

vom 26. September 1990 (KWMBI I S. 356)

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 8000 München 82, Tel. 0 89 / 42 92 01/02, Postgirokonto München 25 05 60-800

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen.

Bezugspreis für den laufenden Bezug jährlich DM 46,20 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer), für Einzelnummern bis 8 Seiten DM 3,00, für weitere 4 angefangene Seiten DM 0,70, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM 0,70 + Versand.

ISSN 0005-7134